

Zwangsarbeit in Alsdorf im zweiten Weltkrieg

Zwangsarbeit in Alsdorf im zweiten Weltkrieg

Von Thomas Müller
RWTH Aachen
Lehr- und Forschungsgebiet
Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Vortrag in der 15. Sitzung
des Hauptausschusses
des Rates der Stadt Alsdorf
am 10. Januar 2002
(Erweiterte und aktualisierte Fassung)
Dokumentation
Stadt Alsdorf
RWTH Aachen

Aachen und Alsdorf, im Juni 2002

ISBN 3-00-009663-9

Inhaltsübersicht

- Einführung
- Vorwort
- Späte Forschung, verstreute Quellen
- Wer waren die ZwangsarbeiterInnen
- Das lokale Netz der Lager
- Das Arbeitserziehungslager der Gestapo
- Tot und Todesumstände
- Mord an Zwangsarbeitern
- Fazit
- Anhänge
- Quellenverweise
- Dokumente

Einführung

Im Rahmen eines Auftrages des Kreises Aachen setzte sich das Lehr- und Forschungsgebiet Wirtschafts- und Sozialgeschichte der RWTH Aachen im vergangenen Jahr umfassend mit dem Thema Zwangsarbeit im Kreis Aachen im Zweiten Weltkrieg auseinander und erstellte eine ausführliche Dokumentation. Herr Thomas Müller, M.A., war im Rahmen seiner Tätigkeit im Lehr- und Forschungsgebiet federführend mit dieser Aufgabe betraut.

Herr Müller kam dem Wunsch des Hauptausschusses des Rates der Stadt Alsdorf nach, in der Sitzung am 10. Januar des Jahres ausführlich zu diesem Thema, insbesondere aus der Alsdorfer Perspektive, zu berichten. Sein umfassender Bericht in der Sitzung machte betroffen, zeigte die Dramatik der damaligen Geschehnisse vor Ort auf - ein ungewöhnliches, wichtiges Lehrstück und gleichzeitig eine Geschichtsstunde, deren Inhalte erhalten bleiben sollen.

Ich komme deshalb gerne dem Wunsch aus der Mitte des Ausschusses nach, zu diesem Tagesordnungspunkt eine gesonderte Dokumentation vorzulegen, die den mündlichen Bericht nochmals komprimiert zusammenfasst; die Inhalte dieses Berichtes wurden intensiv mit Herrn Müller abgestimmt. Herrn Müller und auch dem Lehr- und Forschungsgebiet Wirtschafts- und Sozialgeschichte der RWTH Aachen, insbesondere Herrn Professor Dr. Paul Thomes, darf ich an dieser Stelle für die ausgezeichnete und wertvolle Arbeit meinen ganz herzlichen Dank aussprechen.

Die Ergebnisse der Dokumentation für den Kreis Aachen werden derzeit in einer mobilen Ausstellung im gesamten Kreis Aachen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, finanziert durch den Kreis Aachen und einige Nordkreis-Städte, darunter auch die Stadt Alsdorf.

Ich wünsche Interesse bei der Lektüre und hoffe, dass auch in Zukunft Initiativen entstehen und gefördert werden, die eine weitere Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Vergangenheit ermöglichen.

Alsdorf, im Juni 2002

Wolfgang Schwake
Bürgermeister der Stadt Alsdorf

Vorwort

Die Geschichte der Zwangsarbeit im Kreis Aachen war bis in die 1990er Jahre weitgehend unerforscht. Eine erste wissenschaftliche Aufarbeitung lieferte Ralph J. Jaud mit seiner 1997 veröffentlichten Dissertation „Der Landkreis Aachen in der NS-Zeit“, die ein Kapitel über den Einsatz von ZwangsarbeiterInnen enthält. Einen anderen, sehr wertvollen Beitrag zur Aufarbeitung der NS-Zeit leistete Stefan Krebs mit seiner im Jahr 2000 fertig gestellten, leider jedoch unveröffentlichten Masterarbeit über den Einsatz von Kriegsgefangenen und zivilen ZwangsarbeiterInnen in Stolberg.

In der heimatgeschichtlichen Literatur hingegen ist das Thema – nicht nur in Alsdorf – zu meist ausgeblendet, häufig sogar verharmlost worden. Sicherlich finden sich Ausnahmen, doch scheint es, als sei die lokale Geschichte der ZwangsarbeiterInnen, wie auch die lokalen Verstrickungen in das nationalsozialistische Regime insgesamt, im Heimatdiskurs der Nachkriegsjahrzehnte nicht thematisierbar gewesen.

Seit den 1980er Jahren hat sich der Blick auf die lokale Geschichte verändert. Die Entstehung lokaler Geschichtsprojekte und Geschichtswerkstätten, die Arbeit einiger engagierter Journalisten, kritische Nachfragen und Recherchen antifaschistischer Initiativen und einzelner Projektgruppen in Schulen und Volkshochschulen haben die Ausblendung der NS-Zeit allmählich durchbrochen. Die Erkenntnis rückte ins Bewusstsein, dass es auch in unserer Region in großem Umfang ZwangsarbeiterInnen gegeben hat, die für regionale Unternehmen arbeiten mussten, in den Städten und Gemeinden untergebracht waren, von den lokalen und regionalen Polizeibehörden überwacht und oft genug schikaniert wurden, und von denen sehr viele ihre Arbeits-, Unterbringungs- und Lebensverhältnisse nicht überlebten. Wie kaum ein anderer Aspekt der NS-Herrschaft war die Zwangsarbeit im Lebens- und Arbeitsalltag der Menschen überall im Deutschen Reich präsent. Gerade hier stellte sich die Frage der persönlichen und institutionellen Verantwortung und Verstrickung in besonderem Maße. Dies mag der Grund für die Weigerung der überwiegenden Mehrzahl der Historiker und Laienforscher der Nachkriegsjahre sein, den Einsatz der ZwangsarbeiterInnen als das Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuerkennen und aufzuarbeiten, als das er von den Richtern des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses – zu Recht – verurteilt worden war.

Umso wichtiger erscheint es mir, die Ergebnisse der wissenschaftlich-kritischen Aufarbeitung der Zwangsarbeit - und der NS-Herrschaft im allgemeinen - der Öffentlichkeit vor Ort zugänglich zu machen. Gern habe ich daher meinen Vortrag über die Zwangsarbeit in Alsdorf für die vorliegende Broschüre überarbeitet und um zahlreiche Aspekte und Quellen ergänzt, die im mündlichen Vortrag noch fehlten oder nur kurz angerissen werden konnten.

Aachen, im Juni 2002

Thomas Müller, M.A.

Späte Forschungen, verstreute Quellen

Im Frühjahr 2001 beauftragte der Kreis Aachen das Lehr- und Forschungsgebiet Wirtschafts- und Sozialgeschichte der RWTH, die Zwangsarbeit im Kreis Aachen wissenschaftlich-kritisch zu untersuchen. Die Ergebnisse der Untersuchung sind in einer umfassenden Studie zusammengefasst, die auf den Internetseiten des Kreises Aachen einsehbar ist.

Sieht man von den Arbeiten von Jaud und Krebs ab, so standen zu Beginn unserer Forschungen nur wenige Quellen zur Verfügung. Ein Großteil unserer Forschungsarbeit bestand also darin, nach Quellen zu recherchieren, sie zu erfassen und auszuwerten. Sehr früh standen wir damit vor der Entscheidung: Sollen wir Zeitzeugen/Zeitzeuginnen einbeziehen oder nicht? Wir entschlossen uns, auf eine Zeitzeugenbefragung zu verzichten und vorrangig die in zahlreichen lokalen und überregionalen Archiven verstreuten schriftlichen Dokumente zusammen zu tragen. Dieser Abstrich war sicherlich schmerzlich, hat es auf der anderen Seite jedoch ermöglicht, zahlreiche bislang unbekannte, schwer zugängliche oder bislang gesperrte Archivquellen zu erschließen.

Auf der Grundlage von mehr als 250 aufgefundenen Akten zum ZwangsarbeiterInneneinsatz im Kreis Aachen konnten wir uns schließlich an die Rekonstruktion dieses Kapitels der Regionalgeschichte wagen.

Auf dieser breiten empirischen Basis können wir auch Aussagen über Kommunen treffen, in denen keine oder nur wenige Dokumente erhalten geblieben sind. Eine solche Kommune ist Alsdorf. Im Aktenkeller der Stadtverwaltung sind lediglich Aktensplitter zu finden, und auch diese beschränken sich auf den Bereich der Friedhofsverwaltung, konkret die Herrichtung und Verwaltung der Zwangsarbeitergräber nach dem Ende des Krieges. Will man mehr über die Zwangsarbeit in Alsdorf erfahren, muss man also auf andere Quellen ausweichen. Hierzu zählen etwa die besser überlieferten Archive der Nachbarkommunen Würselen, Herzogenrath, Eschweiler und Stolberg, aber auch die von den kommunalen Standesämtern geführten, für die Forschung bislang jedoch nicht zugänglichen Standesregister. Das Standesamt Alsdorf verfügt über sogenannte Sterbe- und Geburtenbücher aus dem Zweiten Weltkrieg, in denen sich nicht nur detaillierte Angaben über die in Alsdorf gestorbenen ZwangsarbeiterInnen sowie die hier geborenen Kinder von Zwangsarbeiterinnen finden, sondern die auch Rückschlüsse auf Lagerstandorte, Lagerpersonal, Einsatzbetriebe, Todesumstände und Lebensbedingungen erlauben.

Neben den Standesregistern boten auch die Akten der Bauämter eine Möglichkeit, die lokale Geschichte der Zwangsarbeit zu rekonstruieren. Wie die Standesregister unterliegen auch sie besonderen Datenschutzbestimmungen und konnten im Rahmen unserer Studie erstmals ausgewertet werden. In den Bauarchiven finden sich im allgemeinen Lagepläne, Grundrisse, Beschreibungen und Genehmigungsverfahren von Zwangsarbeiterlagern sowie von Gebäuden, die mit Hilfe von ZwangsarbeiterInnen errichtet wurden.

Leider zeigte sich trotz intensiver Suche, dass die relevanten Bauakten für Alsdorf weitgehend vernichtet sind. Die in anderen Kommunen, so etwa in Eschweiler, wesentlich besser überlieferten Bauakten lassen jedoch auch in dieser Hinsicht Rückschlüsse auf Alsdorf zu.

Erst vor etwa zwei Jahren haben Zwangsarbeiterforscher in Brüssel einen wohl einzigartigen Fund gemacht. Sie fanden Ermittlungsunterlagen belgischer Behörden, die in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren das Netz der Zwangsarbeiterlager in Westdeutschland rekonstruiert hatten. Die belgischen Ermittlungen, die vor allem der Bearbeitung von Entschädigungsverfahren dienten, gelangten nur zu einem vorläufigen Abschluss, auch wurden sie nicht nach wissenschaftlichen, sondern nach verwaltungspraktischen Kriterien geführt. Die belgischen Ermittler legten über jedes Lager, von dessen Existenz sie erfuhren, einen Fragebogen an, in den Angaben der jeweiligen deutschen Kommunalverwaltungen, Polizeibehörden oder Betriebe eingetragen wurden. Gefragt wurde nach dem Standort und der Funktion des Lagers, der Anzahl und Art seiner Gebäude, dem Vorhandensein von Einfriedungen und Wachtürmen, der Anzahl und Nationalität der Insassen, dem Regime der Bewachung, des Transportes und der Arbeit, der Art und Vergütung der Arbeit, der Arbeitszeit und Bekleidung der ArbeiterInnen, dem Status und der Bewaffnung der Wachmannschaften sowie nach bekannt gewordenen Misshandlungen. Die Angaben der deutschen Verwaltungen, Polizeistellen und Betriebe sind mit Vorsicht zu genießen: Sie veranschlagten die Zahl der Insassen häufig zu gering (wohl um von der katastrophalen Überbelegung der Lager abzulenken), leugneten häufig die Bewaffnung des Lagerpersonals und verneinten pauschal die verbreitete Praxis der Misshandlungen. Dennoch erlauben uns die belgischen Ermittlungen, das Lagersystem in unserer Region sehr genau zu rekonstruieren. Für zwei Städte im Kreis Aachen, nämlich Stolberg und Alsdorf, legten die belgischen Behörden darüber hinaus gesonderte Dossiers an.

In Alsdorf gingen die Ermittler vor allem einem so genannten Arbeitserziehungslager nach, in dem u.a. belgische Gestapo-Häftlinge eine besonders schwere Form der Zwangsarbeit erdulden mussten. In diesem Fall gaben sich die belgischen Untersuchungsoffiziere denn auch nicht mit den Eigenangaben der Betriebe und Behörden zufrieden, sondern führten Interviews mit zwei ehemaligen Insassen des Alsdorfer Arbeitserziehungslagers durch.

Eine beinahe unerschöpfliche Quelle ist auch der im Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv Düsseldorf lagernde Bestand der in den 1970er Jahren aufgelösten Bezirksregierung Aachen. Im Rahmen unseres Forschungsprojekts fanden wir dort unter anderem die Ausländerstatistik aller Kreise des Regierungsbezirks Aachen für die Jahre 1938 bis 1944, hinzu kommen zahlreiche Meldungen über das Eintreffen und die Unterbringung von Zwangsarbeitergruppen in den Kommunen und umfangreiche Ermittlungsakten der alliierten Behörden, die das Schicksal nichtdeutscher StaatsbürgerInnen nach Kriegsende aufzuklären versuchten oder nach den Gräbern der in Deutschland ums Leben Gekommenen forschten.

Eine letzte, jedoch sehr wertvolle Quelle bilden die im Zweigarchiv Kalkum des Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchivs aufbewahrten Bestände der regionalen Justizbehörden. Darunter befinden sich Ermittlungsakten aus der Nachkriegszeit in Sachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie beziehen sich unter anderem auf Verbrechen, die an ZwangsarbeiterInnen verübt wurden, darunter auch die Hinrichtung eines polnischen Landarbeiters im Alsdorfer Ortsteil Schleibach.

Gleichwohl konnten wir im Rahmen des Forschungsprojekts nicht aus allen schriftlichen Quellen schöpfen: Immer wieder ergaben sich Hinweise auf weitere, auf den ersten Blick scheinbar irrelevante Archive und Bestände. Eine weitere Forschung würde gewiss noch

einiges zu Tage fördern, und erst wenn es gelänge, auch das Wissen der Zeitzeugen/Zeitzeuginnen einzubeziehen, könnte die Geschichte der Zwangsarbeit als erforscht gelten. Insofern kann ich an dieser Stelle nicht abschließende, sondern allenfalls vorläufige Ergebnisse auf einer zwar breiten, aber unverkennbar fragmentarischen Grundlage vorstellen.

Wer waren die ZwangsarbeiterInnen?

Bei der Erforschung der Zwangsarbeit im Kreis Aachen ging es zunächst um eine bloße Bestandsaufnahme: In welchem Umfang waren ZwangsarbeiterInnen beschäftigt? Welche Gruppen von ZwangsarbeiterInnen waren dies, und in welchem zeitlichen Ablauf wurden sie in den Kreis Aachen gebracht? Weiterhin galt es zu klären, welche Rolle die regionalen Verwaltungen, Polizeibehörden und Betriebe hierbei spielten. Im Mittelpunkt jedoch stand die Frage nach den Lebens- und Arbeitsbedingungen, die wiederum eng mit den Fragen nach dem Lagersystem und den Bedingungen in den Lagern, der Anzahl der Todesfälle und den Todesursachen sowie der Normalität von polizeilicher Repression und ihrer Zuspitzung zum offenen Terror zusammenhängt.

Wir sollten uns vergegenwärtigen, dass sich die soziale Zusammensetzung der ZwangsarbeiterInnen zwischen 1939 und 1945 kontinuierlich verändert hat. Die große Gruppe der schätzungsweise 13,5 Millionen ZwangsarbeiterInnen im Deutschen Reich wurde in eine kaum überschaubare Anzahl von Sondergruppen unterteilt, die wiederum nach rassistischen Kriterien zu einer komplexen Hierarchie zusammengefügt wurden.

Es bestand also ein hierarchisches System von Sondergruppen, für die spezifische rechtliche Bestimmungen, bürokratische Verfahrensweisen und polizeiliche Repressionen galten. Im Verlauf des Krieges wurde dieses System immer wieder erweitert und verändert, neue Sondergruppen entstanden, Vergünstigungen wurden gewährt und Zügel angezogen. Auf den oberen Ebenen der Hierarchie waren durchgängig jedoch die westeuropäischen ArbeiterInnen sowie ArbeiterInnen aus den verbündeten faschistischen Diktaturen einsortiert, während osteuropäische, vor allem sowjetische ArbeiterInnen als industrielle Sklavenkaste die unteren Ebenen der Hierarchie füllten, und auch ihr prekärer Status wurde von der nationalsozialistischen Erfindung einer „Vernichtung durch Arbeit“ noch unterboten, der vor allem Juden und Sinti und Roma zum Opfer fielen.

Eckpunkte in der Entwicklung des Systems der Zwangsarbeit waren die Einführung der Zwangsunterbringung in Lagern, der Kennzeichnung durch Aufnäher, die massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit, das Verbot sozialer Kontakte mit Deutschen sowie die Einführung einer Sonderjustiz der Gestapo bis hin zur außergerichtlich verhängten Todesstrafe für Liebesbeziehungen mit deutschen Frauen nach Beginn des Einsatzes polnischer Zivilarbeiter im Frühjahr 1940, oder die Verschärfung all dieser Sonderbestimmungen zu Beginn des Einsatzes der so genannten OstarbeiterInnen zwei Jahre später.

In der letzten Phase des Krieges spitzten sich diese und andere Praktiken sogar noch weiter zu. Brutal durchgeführten Razzien der örtlichen Polizei zur bloßen Demonstration ungebrochener Macht stand in den letzten Kriegstagen eine offen terroristisch agierende Ge-

stapo zur Seite, deren westdeutsche Dienststellen sich einen Freibrief für die Ermordung oder Deportation deutscher und nichtdeutscher Menschen auf bloßen Verdacht eines geringfügigen Deliktes hin ausgestellt hatten.

Einen ersten Eindruck, in welchem Umfang ZwangsarbeiterInnen in unserer Region beschäftigt wurden und woher diese Menschen kamen, vermitteln die Ausländerstatistiken aus dem Zweiten Weltkrieg. Allerdings wurden in diesen Statistiken ausschließlich die ZivilarbeiterInnen erfasst, es fehlen also die Kriegsgefangenen.

Dennoch ist deutlich, dass bereits vor Kriegsbeginn zahlreiche AusländerInnen im damaligen Landkreis Aachen wohnten und arbeiteten. Unter den etwa 4000 Nichtdeutschen befanden sich einige hundert polnische, jugoslawische und italienische ArbeiterInnen; manche lebten mitsamt ihren Familien im Aachener Revier. Ähnlich wie im Ruhrgebiet waren die meisten von ihnen als sogenannte Fremdarbeiter für den Bergbau rekrutiert worden. Die meisten Nichtdeutschen jedoch stammten aus den westlichen Nachbarstaaten, wobei die NiederländerInnen den mit Abstand größten Anteil stellten. Hinzu kamen noch einmal hunderte, wenn nicht gar tausende sogenannte GrenzgängerInnen: niederländische oder belgische ArbeiterInnen, die ihre Wohnung im Nachbarstaat behielten und täglich bzw. wöchentlich zu ihrer Arbeit in den Landkreis Aachen pendelten. Diese auch heute noch übliche Form der Migration hatte im Grenzland eine lange Tradition, doch wurde auch sie während des Krieges allmählich zu einer Form von Zwangsarbeit. Es konnte also durchaus vorkommen, dass ein Niederländer gezwungen wurde, eine Arbeitsstelle in Alsdorf oder Herzogenrath anzutreten, zugleich jedoch seine Wohnung in Kerkrade oder Heerlen behalten durfte.

Betrachtet man die Belegschaftslisten einiger Unternehmen, so fällt auf, dass die Zahl der niederländischen ArbeiterInnen im Frühjahr 1940 und Mitte 1943 enorm anstieg. Der Anstieg im Frühjahr 1940 war eine direkte Folge des deutschen Überfalls auf die westlichen Nachbarländer, der es den Arbeitsämtern erlaubte, innerhalb weniger Wochen rund 1000 niederländische Grenzgänger für das Aachener Revier anzuwerben. <BR< p < der die mit aus im war Ein den Zwangsarbeiter. ein Wahrscheinlichkeit hoher hingegen kam, Niederlanden 1943 Wer haben. getan freiwillig dies mag Deutschland nach 1940 Niederländer, Rekrutierungsmethoden: brutalerer immer Folge Jahr Anstieg Der>

An dieser traditionellen, vor allem auf niederländische ArbeiterInnen gestützten Migrationsstruktur änderte sich im ersten Kriegsjahr nur wenig. Dies änderte sich im August 1940, als die deutsche Arbeitsverwaltung im nordostfranzösischen Bergbaurevier in großem Umfang polnische Arbeitsmigranten rekrutierte. Die meisten von ihnen stammten aus Bergarbeiterfamilien, die Jahrzehnte zuvor aus Polen ins Ruhrgebiet gezogen waren und sich während der 1920er Jahre als Arbeiter im Nordosten Frankreichs niedergelassen hatten. Nach dem deutschen Überfall im Mai 1940 waren viele von ihnen arbeitslos (gemacht) worden.

Ihnen nun versprochen deutsche Anwerbepbüros eine angemessen entlohnte Arbeit im westdeutschen Bergbau. Sie sollten – so sagte man ihnen - in Privatquartieren leben, ihre in Frankreich lebenden Familien unterstützen und nach einiger Zeit sogar ihre Angehörigen nach Deutschland holen können. Diese Zusagen jedoch existierten nur auf dem Papier. Tatsächlich mussten die franko-polnischen Arbeiter in Gemeinschaftsunterkünften, teils auch in Barackenlagern leben, Geldüberweisungen an die Angehörigen funktionierten

nicht und der zugesagte Familiennachzug wurde verweigert. Aus diesen und anderen Gründen protestierten die polnischen Bergarbeiter in Übach-Palenberg gegen ihre Behandlung – und fanden mit ihren Forderungen bei einem Teil der Arbeitsverwaltung und der lokalen Behörden sogar Rückendeckung.

Dennoch scheiterten die Proteste. Polizei, Gestapo und der Interessenverband der Bergwerksunternehmen des Aachener Reviers setzten eine harte Linie durch: Sie schrieben die Unterbringung in Lagern fest, führten eine Sonderjustiz der Gestapo ein, verboten soziale Kontakte zu Deutschen und führten die Todesstrafe für sexuelle Beziehungen zu einer deutschen Frau ein. Anders als die polnischen ZwangsarbeiterInnen, die in Polen selbst rekrutiert worden waren, mußten sich die Frankopolen jedoch nicht durch einen Aufnäher auf der Kleidung kennzeichnen. Sie waren damit Zwangsarbeiter, wenn auch eine gegenüber anderen westeuropäischen Zivilarbeitern benachteiligte und gegenüber anderen osteuropäischen Arbeitern privilegierte Sondergruppe.

Dieses Übergangsmuster von der freiwilligen Arbeitsmigration zur Zwangsarbeit wiederholte sich 1941 mit der Anwerbung bosnischer Arbeiter aus dem deutschen Satellitenstaat Kroatien. Als auch sie begriffen, dass der zugesagte Lohn nicht in vollem Umfang gezahlt wurde, legten sie im Aachener Revier die Arbeit nieder. Zumindest ein Teil von ihnen konnte auf diese Weise durchsetzen, ins Ruhrgebiet verlegt zu werden, wo höhere Lohnsätze galten.

Parallel zu den niederländischen, franko-polnischen und bosnisch-kroatischen Bergarbeitern wurden ab 1940 auch polnische Kriegsgefangene und in Polen rekrutierte ZivilarbeiterInnen in den Landkreis Aachen gebracht. Sie mussten vor allem in der Landwirtschaft arbeiten sowie die nicht mehr benötigten Sperranlagen des „Westwalls“ demontieren. Anders als im Landesinneren, war ihr Einsatz vor 1940 nicht möglich gewesen, da im Landkreis Aachen zunächst Sonderbestimmungen galten, die den Aufenthalt ausländischer ArbeiterInnen in der Grenzzone stark einschränkten.

Diese zweite, auf niederländische, (franko-)polnische und bosnische Arbeiter gestützten Phase der Zwangsarbeit endete mit dem Beginn des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion. Während die Zahl der franko-polnischen und bosnisch-kroatischen Arbeiter nun sank, stieg die der sowjetischen SklavenarbeiterInnen ab 1942 rapide an.

Bis zum Ende des Krieges bildeten sie, für die das brutale Zwangsarbeiterregime in vollem Umfang gilt, die größte Gruppe ausländischer Arbeiter im Landkreis Aachen. Das System der Zwangsarbeit war nun voll entwickelt.

Glauben wir der Ausländerstatistik, so können wir davon ausgehen, dass im Laufe des Krieges mindestens 7.000 zivile ZwangsarbeiterInnen in das Gebiet des heutigen Kreises Aachen gebracht wurden. Die meisten von ihnen lebten und arbeiteten an den Grubenstandorten des Nordkreises und in den Industriestädten Eschweiler und Stolberg. Nicht in dieser Zahl enthalten sind die zur Arbeit gezwungenen GrenzgängerInnen und die Kriegsgefangenen.

Ihre Zahl können wir, da entsprechende Statistiken fehlen, allenfalls schätzen. Die vorliegenden Quellen lassen jedoch den Schluss zu, dass etwa 9.000 bis 10.000 Kriegsgefangene im Kreis Aachen arbeiten mussten. Alles in allem dürfte der Umfang des Zwangsar-

beiterInneneinsatzes im Kreis Aachen also nicht unter 16.000 Personen gelegen haben. Bedenkt man, das Fluchtversuche, Lazarettaufenthalte oder Verlegungen in andere Betriebe und Einsatzorte an der Tagesordnung waren, so können wir annehmen, dass die Gesamtzahl der ZwangsarbeiterInnen im Kreis Aachen über 20.000 lag.

Erinnert sei an dieser Stelle auch an einige kleinere Gruppen von ZwangsarbeiterInnen. Auch jüdische Deutsche wurden im Vorfeld ihrer Deportation in die Konzentrations- bzw. Vernichtungslager häufig zum so genannten „Arbeitseinsatz“ gezwungen. Auch im Kreis Aachen existierte ein Zwangsarbeiterlager für 121 jüdische Deutsche; es befand sich auf dem Gelände der Kali-Chemie AG in Stolberg und wurde von der Gestapo geleitet.

Eine weitere kleinere Gruppe von ZwangsarbeiterInnen waren die Häftlinge der so genannten Arbeitserziehungslager. Diese Lager waren Miniaturausgaben der Konzentrationslager, in denen Arbeiter, die den Leistungs- und Verhaltensnormen nicht entsprechen konnten oder wollten, einige Wochen oder Monate unter KZ-ähnlichen Bedingungen leben und arbeiten mussten. Lager dieser Art befanden sich unter anderem in Aachen, Eilendorf und – ich werde darauf zurückkommen - in Alsdorf und Hückelhoven. Offen bleiben muss die Frage, ob noch eine weitere Gruppe im Kreis Aachen eingesetzt wurde, nämlich KZ-Häftlinge. Denn nicht nur im Arbeitserziehungslager Alsdorf befanden sich vermutlich einzelne KZ-Insassen, die nach Fluchtversuchen im Aachener Grenzland gefasst worden waren. In den letzten Kriegstagen passierte auch eine aus Häftlingen des Konzentrationslagers Buchenwald bestehende Baubrigade der SS kurzzeitig den Raum Aachen. In welchen Orten sie sich konkret aufhielt, ist allerdings nicht mehr zu ermitteln.

Das lokale Netz der Lager

Die meisten ZwangsarbeiterInnen waren gezwungen, in Lagern zu leben. Wir kennen heute die Standorte von annähernd 100 Lagern im Kreis Aachen. Nahezu jedes größere Unternehmen unterhielt auf dem Werksgelände oder in angemieteten Räumlichkeiten eigene Lager, und nahezu in jeder Ortschaft waren die Lager und ihre BewohnerInnen präsent. An den Bergbau- und Industriestandorten entstanden häufig regelrechte Lagerkomplexe: Ein Lager für sowjetische Kriegsgefangene grenzte an ein Lager für zivile Ostarbeiterinnen, und das Lager ihrer männlichen Schicksalsgenossen war von einer ehemaligen Baracke für französische Kriegsgefangene abgetrennt, in der nun niederländische Grenzgänger werktags schliefen und in dessen Sichtweite die Bauarbeiten zu einem Lager für italienische Militärinternierte begannen.

Die Bergbauunternehmen griffen zu Beginn des Krieges in der Regel zunächst auf ihre Ledigenheime zurück, in denen traditionell auch zahlreiche Migranten gelebt hatten. Mit der Ankunft der franko-polnischen und bosnisch-kroatischen Bergarbeiter begann der Umbau der Ledigenheime zu Zwangsarbeiterlagern; in Alsdorf gilt dies für das Ledigenheim Herzogenrather Straße 100. Am Rande sei angemerkt, dass die Polizei in Zusammenarbeit mit dem EBV und der Stadtverwaltung die benachbarte „Herberge Zur Heimat“ anmietete, um dort ein Bordell für die franko-polnischen Arbeiter einzurichten. Es handelte sich dabei um eine Maßnahme der SS, die den Zynismus des Zwangsarbeitereinsatzes sehr deutlich zeigt. Denn die Einrichtung der Bordelle, in denen polnische Frauen – ob

freiwillig oder gezwungenermaßen entzieht sich unserer Kenntnis – als Prostituierte arbeiteten, waren die Kehrseite des Verbots selbstbestimmter sexueller Beziehungen, die bekanntlich mit der Todesstrafe belegt werden konnten. Beides, Bordelle und Todesdrohung, verweist auf einen totalitären Zugriff auf die Sexualität der Arbeiter und markiert damit sehr deutlich den Übergang zur Zwangsarbeit.

Ende 1941 trafen die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen im Kreis Aachen ein. Vor allem die Bergbauunternehmen knüpften hohe Erwartungen an ihren Einsatz, hofften sie doch, durch ein besonders repressives Lager- und Kontrollregime eine höhere Arbeitsleistung erzwingen zu können, als bei den niederländischen, franko-polnischen und bosnisch-kroatischen Arbeitern, von denen viele zwischenzeitlich geflohen waren. Schnell stellte sich jedoch heraus, dass die Mehrzahl der sowjetischen Kriegsgefangenen unter der Kontrolle der Wehrmacht verhungert, erfroren oder an nicht behandelten Krankheiten gestorben war. Nur wenige, die die mörderischen Transporte nach Deutschland überstanden, waren bei ihrem Eintreffen noch arbeitsfähig. Ihr Einsatz im Aachener Revier blieb daher zunächst auf die Zeche Carolus Magnus in Übach-Palenberg beschränkt, die ihre ehemalige Bordellbaracke in ein Kriegsgefangenenlager umfunktionierte.

Das Management der Zwangsarbeit kompensierte das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen mit der Zwangsrekrutierung ziviler OstarbeiterInnen. Die Alsdorfer Anna-Gruben waren der erste Bergbaubetrieb des Aachener Reviers, der im März 1942 ein Kontingent von OstarbeiterInnen erhielt. Tausende weitere OstarbeiterInnen trafen in den folgenden Monaten an den übrigen Bergbaustandorten ein, im Spätsommer 1942 – ein knappes Jahr nach dem ursprünglich geplanten Einsatzbeginn – folgten Massentransporte sowjetischer Kriegsgefangener.

Im heutigen Stadtgebiet von Alsdorf sind neun Lager nachweisbar: vier Kriegsgefangenenlager, vier Zivilarbeiterlager und ein Arbeitserziehungslager. Ein zehntes Lager befand sich in der Nachbargemeinde Broichweiden, wurde jedoch von der Grube Maria im Ortsteil Mariadorf für die Unterbringung von Ostarbeitern genutzt.

Die Anna- und Maria-Gruben des EBV griffen zunächst auf ihre Ledigenheime zurück. Das Ledigenheim der Anna-Gruben in der Herzogenrather Straße reichte jedoch nicht aus, um die große Zahl der OstarbeiterInnen und Kriegsgefangenen einzuquartieren. Der EBV richtete daher im Bereich der Schachtanlage III (Siedlung Neuweiler) ein Barackenlager für bis zu 600 Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen ein, quartierte mehr als 300 Ostarbeiter in den eigens hierzu angemieteten Saal der Gaststätte Lüsgens in der Herzogenrather Straße 118 ein und griff auf die Räumlichkeiten des inzwischen aufgelösten Bordells in der „Herberge Zur Heimat“ zurück. Als 1943 auch italienische Militärinternierte ins Wurmrevier verschleppt wurden, entstand auf dem Gelände einer ehemaligen Pferderennbahn in der Nähe des heutigen Tierparks ein weiteres Barackenlager mit etwa 400 Insassen. Vermutlich unterhielt der EBV noch weitere Lager in Alsdorf, deren Standorte allerdings nicht mehr rekonstruierbar sind. Hinzu kommen kleinere Lager, in denen etwa landwirtschaftliche Zwangsarbeiter untergebracht waren.

Das Arbeitserziehungslager der Gestapo

Von besonderer Bedeutung für die Alsdorfer Ortsgeschichte ist das bereits erwähnte Arbeitserziehungslager der Gestapo. Die Historikerin Gabriele Lotfi hat diese Art von Strafearbeitslagern ganz zu Recht als „KZ der Gestapo“ bezeichnet. Die Arbeitserziehungslager entstanden aus einem Dilemma, in dem sich die Gestapo während des Krieges befand. Die Gestapo war ermächtigt, ZwangsarbeiterInnen aus geringfügigen Anlässen – etwa bei Verstößen gegen die sogenannte Arbeitsdisziplin, geringer Arbeitsleistung oder versuchter Flucht – in ein Konzentrationslager zu deportieren. Eine Deportation in ein KZ bedeutete jedoch, dem Betrieb auf Dauer die Arbeitskraft zu entziehen, denn selbst wenn die Betroffenen ihre KZ-Haft überlebten, war ihre Rückkehr in den Betrieb nicht vorgesehen. Die Gestapo löste das Problem auf zynische Weise, indem sie ein Netz von hunderten dezentralen Straflagern einrichtete, in denen KZ-ähnliche Bedingungen herrschten, die ihre Häftlinge jedoch in der Nähe ihres Betriebs disziplinierten und nach maximal drei Monaten dorthin entließen. Die Gestapo baute dieses Lagernetz gegen Kriegsende in raschem Tempo aus.

Bereits in den ersten Kriegsmonaten hatte es Bestrebungen zur Einrichtung eines Arbeitserziehungslagers im Kreis Aachen gegeben. Vorgesehen war, ein ehemaliges Strafearbeitslager für deutsche Westwallarbeiter in Vicht bei Stolberg auf diese Weise weiter zu nutzen.

Die Planungen scheiterten jedoch zunächst am Einspruch der Gestapo, die in den benachbarten Regierungsbezirken bereits eine aus ihrer Sicht ausreichende Zahl von Arbeitserziehungslager unterhielt. Erst 1943 entstand in Eilendorf ein eigenes Arbeitserziehungslager der Aachener Gestapo. 1944 wurde es nach Aachen verlegt, wo es mehrfach seinen Standort wechselte. Parallel dazu entstand im Mai 1944 das Arbeitserziehungslager Alsdorf.

Das Lager bestand, wie aus belgischen Ermittlungen der Nachkriegszeit hervorgeht, aus zwei oder drei Baracken, die von einem etwa drei Meter hohen Zaun umgeben waren. An einer Ecke soll sich ein Wachturm befunden haben, und von einer nächtlichen Scheinwerferbeleuchtung ist die Rede. Im Lager wurden zwischen 150 und 250 deutsche und nichtdeutsche Arbeiter gefangen gehalten. Üblich war eine Haftdauer von wenigen Wochen bis zu drei Monaten, über deren konkrete Dauer die Lagerleitung eigenmächtig entschied. Die Lagerleitung unterstand der Aachener Dienststelle der Gestapo, während der EBV für die Verwaltung des Lagers verantwortlich war und zumindest einen Teil des Wachpersonals stellte. Ein Teil der Insassen war eingeliefert worden, weil er der nationalsozialistischen Vorstellung von Arbeit und Disziplin nicht entsprochen hatte oder nicht hatte entsprechen wollen. Die übrigen waren nichtdeutsche Zwangsarbeiter, die geflohen und beim Versuch, die niederländische, belgische oder französische Grenze zu überqueren, festgenommen worden waren. Sie hatten gehofft, dort trotz deutscher Besatzung eine größere Solidarität, eine geringere Kontrolldichte und damit bessere Überlebensbedingungen in der Illegalität zu finden. Um den Preis der Flucht in die Höhe zu treiben, hatte die für den „polizeilichen Grenzschutz“ zuständige Gestapo ein drakonisches Grenzregime errichtet: Am Ende eines gescheiterten Fluchtversuchs stand daher im Regelfall die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager, für OstarbeiterInnen ab 1944 die Einweisung in ein Konzentrationslager, konkret in das KZ-Außenlager in den Kölner Messehallen.

Aus einer Liste mit den Namen von 23 belgischen Insassen des Arbeitserziehungslagers Alsdorf geht hervor, daß mehrere von ihnen aus anderen Arbeitserziehungslagern geflohen waren. Bei zwei Personen dieser Liste handelt es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um geflohene Häftlinge der KZ-Außenlager Werningerode und Siebenhirten.

Die Auswertung der Namensliste hatte jedoch noch ein weiteres, überraschendes Ergebnis. Denn die Liste wurde über die Befreiung Alsdorfs durch die alliierten Truppen im Herbst 1944 hinaus bis zum Frühjahr 1945 fortgeführt. Es ist daher möglich, dass das Lager im September 1944 nicht aufgelöst, sondern lediglich verlegt wurde. In der Tat richtet die Aachener Gestapo zu dieser Zeit ein Arbeitserziehungslager auf dem Gelände der Grube Sophia Jacoba in Hückelhoven ein. Und in diesem neuen Lager begegnet uns eine noch brutalere Form des Terrors. Denn es diente nicht allein als Arbeitserziehungslager im bisherigen Sinne, sondern auch als Hinrichtungsort für Menschen, die nach der befohlenen Evakuierung der Region von einem der zahlreichen Einsatzkommandos der Gestapo angetroffen wurden. Unter der Verantwortung des Aachener Gestapochefts, Kriminalrat Richard Bach, wurden zahlreiche Deutsche und ZwangsarbeiterInnen in Hückelhoven ermordet, andere Hinrichtungen führte das deutsche Lagerpersonal in Eigenregie durch. Wer nicht getötet wurde, musste damit rechnen, in ein Konzentrationslager deportiert zu werden, und für die übrigen Insassen gehörten, glaubt man den Aussagen eines Polizeibeamten aus der Nachkriegszeit, Hunger und sexuelle Gewalt zum Alltag.

Tod und Todesumstände

Alles in allem überlebten etwa 860 ZwangsarbeiterInnen ihren „Arbeitseinsatz“ im Kreis Aachen nicht. 515 dieser Menschen starben im Zusammenhang mit dem Bergbau. Allein in Alsdorf starben 104 ZwangsarbeiterInnen, unter ihnen vier Kinder. Den größten Anteil unter den Toten machen die sowjetischen Kriegsgefangenen, OstarbeiterInnen und italienischen Militärinternierten aus.

Nur in einem Fall fiel eine größere Gruppe von ZwangsarbeiterInnen im Kreis Aachen den Kampfhandlungen zum Opfer. Es handelte sich um insgesamt 57 italienische Militärinternierte, die während ihres Abzugs im September 1944 von alliierten Flugzeugen in Alsdorf beschossen wurden und teils an Ort und Stelle starben, teils im Knappschaftskrankenhaus Bardenberg ihren Verletzungen erlagen.

Die meisten der übrigen etwa 800 Opfer sind infolge ihrer Arbeits-, Ernährungs- und Unterbringungsbedingungen gestorben. Die Auswertung der Sterberegister sowie der medizinischen Diagnosen der Ärzte des Knappschaftskrankenhauses hat ergeben, dass Krankheiten wie Tuberkulose, Grippe oder Lungenentzündung, deren Ausbreitung durch die extreme Enge in den Lagern, die ungenügende hygienische Ausstattung, Fehl- und Mangelernährung und schwere körperliche Arbeit begünstigt und verstärkt wurde, zu den häufigsten Todesursachen zählten. Nicht selten finden sich auf den Sterbeurkunden auch Bemerkungen wie „Entkräftung“, „Auszehrung“ oder „Hungerödem“. Dabei sollten wir bedenken, dass die Opfer oftmals nicht älter als 20 oder 25 Jahre waren, also einer Altersgruppe angehörten, in der ein grippaler Infekt oder eine Lungenentzündung in der Regel auch im Zweiten Weltkrieg nicht tödlich verliefen. In einigen Fällen stellt man fest, dass für

Zwangsarbeiter, die während der Untertagearbeit im Bergwerk starben, die Todesursache „Entkräftung“ angegeben ist – ein deutlicher Hinweis darauf, dass selbst Kranke und Sterbende noch zu schwerer körperlicher Arbeit gezwungen wurden. Hinzu kommt – auch dies gehörte zu den häufigsten Todesursachen - ein erhöhtes Risiko von Arbeitsunfällen für die mangelernährten und überarbeiteten, oftmals bergfremden und an gefährlichen Betriebspunkten eingesetzten Zwangsarbeiter.

Es verwundert daher nicht, dass es immer wieder zu Selbsttötungen kam. So nahmen sich zwei Ostarbeiter der Grube Maria das Leben, indem sie sich auf der damaligen Bahnhofstraße in Hoengen bzw. in der Hauptwerkstatt der Grube von Fahrzeugen überrollen ließen.

All dies gilt auch für das Lager der Grube Anna III in Alsdorf-Neuweiler. 36 OstarbeiterInnen starben innerhalb des Lagers, 11 Insassen kamen im Untertagebetrieb ums Leben, neun im Knappschaftskrankenhaus Bardenberg und einer im St.-Antonius-Hospital Eschweiler. Acht Kinder wurden im Lager geboren, von denen vier ihre ersten Lebenswochen nicht überlebten. Insgesamt fanden damit 60 Insassen allein dieses Lagers den Tod. Die angegebenen Todesursachen verweisen auch hier auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die besonders elende Situation der Neugeborenen. Ein Insasse wurde bei einem nächtlichen Fluchtversuch von der Kugel eines Wachmanns getroffen und starb wenig später im Krankenhaus Bardenberg an den Folgen dieser Verletzung.

Mord an Zwangsarbeitern

Darüber hinaus wurden vermutlich 23 Zwangsarbeiter im Kreis Aachen hingerichtet. Der legalisierte Mord gehörte zu den Sonderkompetenzen, die sich die Gestapo zu Beginn des Zwangsarbeitereinsatzes angeeignet hatte und die es ihr ermöglichten, Zwangsarbeiter ohne die Möglichkeit einer Verteidigung vor einem Gericht oder der Konsultation eines Rechtsanwaltes zu töten. Eine dieser Hinrichtungen fand im heutigen Alsdorfer Stadtteil Schleibach (damals Gemeinde Broichweiden) statt.

Die Hintergründe der Hinrichtung in Schleibach sind aufgrund widersprüchlicher Aussagen in den Quellen schwer rekonstruierbar. Fest steht, dass ein polnischer Landarbeiter namens Josef Turski dort am 10. Juni 1942 von der Gestapo exekutiert wurde; seine Exekution ist im Sterbebuch der ehemaligen Gemeinde Broichweiden regulär verzeichnet. Auch die Staatsanwaltschaft Aachen ermittelte in der Nachkriegszeit wegen der Hinrichtung eines polnischen Zwangsarbeiters in Schleibach, doch datierten die im Zuge dieser Ermittlungen befragten Zeugen/Zeuginnen die Hinrichtung einmütig auf den Zeitraum 1943/44. Beschuldigt wurde das anonym bleibende Hinrichtungsoffer laut der Ermittlungsakte, einen deutschen Jugendlichen sexuell missbraucht zu haben. Insgesamt lassen die Quellen keinen eindeutigen Schluss zu, ob es sich bei diesem Hingerichteten um Josef Turski handelt, oder ob es eine zweite Hinrichtung in Schleibach gegeben hat. Eine Zeitzeugin, die sich im Verlauf des Forschungsprojekts bei uns meldete, erinnert sich an Aussagen polnischer Landarbeiter über insgesamt zwei Hinrichtungen. Auch sei einer der Deliquenten nicht wegen sexuellen Missbrauchs an einem deutschen Jugendlichen, sondern wegen einer Liebesbeziehung zu einer deutschen Frau hingerichtet worden.

Eindeutiger sind die Quellen in bezug auf Johann Zdum und Josef Babuschkewitz, zwei polnische Zivilarbeiter, die 1942 in Dürwiß bei Eschweiler und Steckenborn bei Simmerath hingerichtet wurden, weil sie einer Liebesbeziehung zu einer deutschen Frau bezichtigt wurden. Johann Reszka, Borislav Piszewicz und Josef Skipik, drei polnische Jugendliche, wurden 1944 in Stolberg gehängt, weil sie einen Lebensmittelwaggon aufgebrochen haben sollten. Ein weiterer osteuropäischer Zwangsarbeiter, dessen Name nicht überliefert ist, wurde in den letzten Kriegstagen in Dürwiß erschossen, weil er sich in einem evakuierten Gebäude aufgehalten hatte.

Etwa zur gleichen Zeit ermordete die SS dem Bericht eines Leutnants der Wehrmacht zufolge im Raum Herzogenrath 16 niederländische Arbeiter wegen des Vorwurfs, eine Fabrik geplündert zu haben.

Sind auch die Hintergründe der Hinrichtung(en) in Schleibach ungewiss, so wissen wir doch einiges über ihren Ablauf. Sie folgten einem zynischen, standardisierten Verfahren. Der Leiter der Aachener Gestapo, Kriminalrat Bach, informierte den Bürgermeister in dessen Funktion als Ortspolizeibehörde und beauftragte die Verwaltung mit der Auswahl des Hinrichtungsortes und einigen weiteren Vorbereitungen. Am Tag der Hinrichtung sperrte die Ortspolizei den Tatort hermetisch ab und verhinderte, dass die deutschen EinwohnerInnen Zeuge/Zeuginnen der Hinrichtung wurden.

Gleichzeitig aber zwang die Polizei einige hundert polnische Zwangsarbeiter aus den umliegenden Gemeinden, der Exekution ihres Landsmanns zuzusehen.

Einige örtliche Honoratioren, so der Bürgermeister, der Landrat und die örtlichen Vertreter der NSDAP, nahmen als Zeugen an den Hinrichtungen teil. Aus dem Kreis Jülich gibt es Hinweise, dass die Teilnahme an einer Hinrichtung von örtlichen Institutionen der NSDAP und der Wehrmacht als ein regelrechtes Schauspiel betrachtet und mit einem anschließenden Büffet gefeiert wurde. Die Tat selbst ließ die Gestapo zumeist von polnischen Zwangsarbeitern verüben. Tatwerkzeug war ein transportabler Galgen in Form eines aufklappbaren Tisches mit Falltür, der sich leicht in einem Pkw transportieren ließ. Die Hinrichtungen wurden auf Fotos festgehalten, man fertigte Protokolle über den eingetretenen Tod und das Verhalten der polnischen Zwangsarbeiter an und meldete den Sterbefall an das zuständige Standesamt.

Nicht nur in moralischem, sondern auch in juristischem Sinne waren die Hinrichtungen Morde. Mehrfach ermittelte die Staatsanwaltschaft nach Kriegsende, doch stellte sie alle (überlieferten) Ermittlungsverfahren ein, bevor es zu einer Anklage vor Gericht oder gar zur Verurteilung eines Täters oder Mittäters kam.

Fazit

Zusammenfassend können wir festhalten, dass der Alsdorfer Bergbau einer der Schwerpunkte des Zwangsarbeitereinsatzes in der Region war. Aufgrund der Grenznähe verlief der Zwangsarbeitereinsatz zunächst anders als im Landesinneren: Niederländische GrenzgängerInnen sowie franko-polnische und bosnisch-kroatische Arbeitsmigranten dominierten in den ersten Kriegsjahren, doch glich sich die Entwicklung spätestens mit dem

Eintreffen der sowjetischen Kriegsgefangenen und OstarbeiterInnen der Entwicklung in anderen Bergbaurevieren an. Aufgrund des Bergbaus überwog in Alsdorf nun der Einsatz der sowjetischen SklavenarbeiterInnen. Entsprechend finden wir eine hohe Zahl von Todesfällen, die zum einen auf einen Luftangriff in den letzten Kriegstagen, in der Hauptsache jedoch auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die sowjetischen ZwangsarbeiterInnen zurückzuführen ist. Die Auswertung der Sterberegister eines Alsdorfer Lagers verweist zugleich auf die besonders bedrohlichen Existenzbedingungen der im Lager geborenen Kinder. Im Rahmen der zunehmenden Repression richtete die Gestapo 1944 aus dem Gelände der Anna-Gruben zusätzlich ein Arbeitserziehungslager mit KZ-ähnlichen Haftbedingungen ein. Eine Besonderheit ist die Funktion dieses Lagers als Disziplinierungseinrichtung für Zwangsarbeiter, deren Fluchtversuche an den Grenzen gescheitert waren.

Nach der Evakuierung Alsdorfs verschärfte die Gestapo ihren Terror zusätzlich, indem sie terroristisch operierende Einsatzgruppen aufstellte und im Norden des Aachener Reviers ein neues Arbeitserziehungslager als Hinrichtungsstätte für Menschen einrichtete, die im evakuierten Gebiet festgenommen worden waren. Doch ohnedies waren die ZwangsarbeiterInnen während des gesamten Krieges der Gefahr ausgesetzt, aus geringfügigen Gründen hingerichtet zu werden. Wie in mehreren anderen Orten des Kreises Aachen, fand auch auf dem heutigen Stadtgebiet von Alsdorf mindestens eine Hinrichtung statt. Die Verstrickung zahlreicher lokaler Unternehmen, Verwaltungen, Polizeibehörden und NS-Institutionen in die Zwangsarbeit trugen dazu bei, dass es nach Kriegsende weder zu einer juristischen Ahndung der an ZwangsarbeiterInnen begangenen Verbrechen, noch zu einer öffentlichen Aufarbeitung der Zwangsarbeit kam.

Anhänge - Quellenverweise - Dokumente

Dokumente

Einige ausgewählte Beispiele sollen die Situation von ZwangsarbeiterInnen verdeutlichen helfen.

Dokument 1

Ein zweisprachiges Merkblatt der unmenschlichen Sonderbestimmungen für polnische ZwangsarbeiterInnen. Der Text wurde von der Polizei in den Lagern verlesen. Die polnischen ArbeiterInnen durften den Inhalt der Sonderbestimmungen nicht an Freunde oder Angehörige in Polen weitergeben, um diese vor den Einsatzbedingungen zu warnen.

Dokument 2

Die Kreise und Kommunen erfassten und meldeten das Eintreffen, die Anzahl, die Unterbringung und den Einsatzbetrieb von OstarbeiterInnen. Die Meldungen - wie diese aus Alsdorf - dienten u.a. zur Durchsetzung des Kontroll- und Strafregimes der Gestapo.

Dokument 3 und Dokument 4

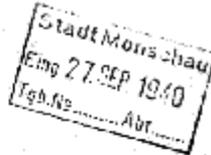
Geburt und Tod eines Kindes im Lager : Auch Kinder lebten in den Lagern der ZwangsarbeiterInnen. In einem Alsdorfer Lager wurden im letzten Kriegsjahr acht Kinder von Ostarbeiterinnen geboren, von denen vier innerhalb der ersten Lebenswochen starben.

Dokument 5

Nach Kriegsende versuchten alliierte Behörden und die Vereinten Nationen, das Schicksal der ZwangsarbeiterInnen zu rekonstruieren. In Ihrem Auftrag stellte die lokale Verwaltung diese Liste der in Alsdorf gestorbenen zivilen sowjetischen Zwangsarbeiter zusammen. Kriegsgefangene, ZwangsarbeiterInnen anderer Nationalität und Opfer in den später eingemeindeten Orten sind hier nicht enthalten.

Dokument 1

Nur zum Dienstgebrauch!



Lediglich zur mündlichen Eröffnung!

**Pflichten der Zivilarbeiter
und -arbeiterinnen polnischen
Volkstums während ihres
Aufenthaltes im Reich**

Jedem Arbeiter polnischen Volkstums gibt das Großdeutsche Reich Arbeit, Brot und Lohn. Es verlangt dafür, daß jeder die ihm zugewiesene Arbeit gewissenhaft ausführt und die bestehenden Gesetze und Anordnungen sorgfältig beachtet.

Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums im Großdeutschen Reich gelten folgende besondere Bestimmungen:

1. Das Verlassen des Aufenthaltsortes ist streng verboten.
2. Während des von der Polizeibehörde angeordneten Ausgangsverbotes darf auch die Unterkunft nicht verlassen werden.
3. Die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, z. B. Eisenbahn, ist nur mit besonderer Erlaubnis der Ortspolizeibehörde gestattet.
4. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums haben die ihnen übergebenen Abzeichen stets sichtbar auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstückes zu tragen. Das Abzeichen ist auf dem Kleidungsstück fest anzubringen.
5. Wer lässig arbeitet, die Arbeit niederlegt, andere Arbeiter ausbeut, die Arbeitsstätte eigenmächtig verläßt usw., erhält Zwangsarbeit im Arbeitserziehungslager. Bei Sabotagehandlungen und anderen schweren Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin erfolgt schwerere Bestrafung, mindestens eine mehrjährige Unterbringung in einem Arbeitserziehungslager.

**Obowiązki robotników i
robotnic cywilnych narodo-
wości polskiej podczas ich
pobytu w Rzeszy**

Każdemu robotnikowi narodowości polskiej daje Wielka Rzesza Niemiecka pracę, chleb i zapłatę. Za to Rzesza wymaga żeby każdy swą jejmu przekazaną pracę wykonał sumiennie i zastosował się starannie do wszystkich rozporządzeń i rozkazów obowiązujących.

Dla wszystkich robotników i robotnic narodowości polskiej we Wielkiej Rzeszy Niemieckiej, zobowiązują następujące szczególne przepisy:

1. Opuszczenie miejscowości pobytu jest surowo zakazane.
2. W czasie, w którym przez władze policyjne nie jest zezwolono zwiedzić miejscowość, także zakazano jest opuścić zamieszkanie.
3. Użytkowanie publicznych środków komunikacyjnych n. p. kolei, jest tylko zezwolone za specjalnym pozwoleniem miejscowej władzy policyjnej.
4. Wszyscy robotnicy i robotniczki narodowości polskiej są zobowiązani do stałe widocznego noszenia, na prawej stronie piersi swej odzieży mocno przyszytych odznaków które im zostały wręczone.
5. Kto pracuje opieczętą, pracę swą złoży, innych robotników pokrzywdzi, miejsce pracy samowolnie opuszcza i. t. d., będzie karany pracą przymusową we wychowawczym obozie pracy. Czyny sabotażowe i inne ciężkie wykroczenia przeciw dyscyplinie robotniczej



Dokument 2

Der Landrat des Landkreises Aachen
Ausländeramt

Aachen, den 11. August 1942

An den

Herrn Regierungspräsidenten

Regierung
12. AUG. 1942
Aachen

12

in Aachen.

Betrifft: Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten.
Verfügung vom 5.3.1942 - I 2 P 43 a.-

Die Kohlenhandlung Rudolf von der Linde in Alsdorf hat einen Betriebslager für russische Zivilarbeiter eingerichtet und am 1.8.1942 mit 13 Arbeitern belegt. Die Arbeitskräfte stammen aus dem Gebiet von Orel. Es handelt sich um Landarbeiter.

- 1.) Zur Verzinsung aufgenommen
- 2.) Z. J. B. Wi. 13/8.

Dokument 3

Alsdorf den 1. Juni 1944

Die uneheliche, außereheliche Tochter
Demjanenko, ursprünglich Kordoloff
wohnhaft in Alsdorf, im Ortsteil Herzogenbusch, im Hause Nr. 11,
Ehefrau des

wohnhaft

hat am 29. Juni 1944 um 10 Uhr Minuten
zu Alsdorf im vorgenannten Hause
einem Knaben geboren. Das Kind hat folgenden Vornamen erhalten:

Rudolf

Dokument 4

Alsdorf, den 31. August 1944.
Der Ruohu Petrus Tainjananko
grünhüpf Kaffelipf
wohnhaft in Alsdorf, im Arbeitslager der Fa. Anna III,
ist am 28. August 1944 um 10 Uhr Minuten
in Alsdorf, im sogenannten Lager verstorben.

Dokument 5

Name, Vorname	Bestattungsort	Gemeinde	Geburtsdat.	Geburtsort
Kanakov Danilie	Nordfriedhof	Alsdorf	17.12.07	Horlofka
Dulikowa Alexi	"	"	20. 4.05	Orel
Hudarin Michael	"	"	20. 9.99	Woronesek
Stynkow Pawel	"	"	18. 1.98	Orel
Tscheboterow Feodor	"	"	13. 2.07	Rugansk
Wlasenko Arseni	"	"	22. 8.07	Wanilowo L.Scha ko
Heifetdinow Schakor	"	"	14.12.05	Kasan
Tomschuk Porferin	"	"	5. 5.03	Kiew
Perednenko Dinitri	"	"	12. 8.04	Majaka b.Stalino
● Godejew Wasili	"	"	2. 8.11	Rodniki
Tschorny Daniel	"	"	17. 5.13	(Sosauw)Mitrowka
Kosochai Thomas	"	"	22. 1.13	Sosauw
Smakograi Michel	"	"	7. 3.23	Altai
Schlagjow Mitri	"	"	23.10.23	Kiew
Batjuk Wasili	"	"	22.11.16	Dnjepropetrowsk
Krischkow Josef	"	"	2. 6.05	Kamenez
Dubkow Serjei	"	"	25. 9.03	Pawlowka
Merkow Kary	"	"	27. 5.10	Kraßnapolans b. Rostow
Schwoi Paul	"	"	13.12.92	Masiewka
● Nesterez Jakob	"	"	12. 8.13	Kraßnodar
Mirskoj Nikolai	"	"	15. 5.13	Stalino
Saljeat Elaret	"	"	3. 3.09	Kasan
Fuhol Gregor	"	"	10. 1.17	Losawatha
Melniko Egor	"	"	8. 4.14	Makeewka
Selstow Wilimon	"	"	12. 8.18	Orel
Kolesnikow Iwan	"	"	14. 9.25	Tschistjakowo Kr. Stalino
Chalipow Peter	"	"	29. 7.98	Rostow
Semenow David	"	"	24.16.91	Propoisk
Sjusin Iwan	"	"	24.11.09	Woronesch